

Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik bei der Europawahl 2019 in Niedersachsen

Vorbemerkung

In der Zeit vom 23. bis 26. Mai 2019 fand zum 9. Mal die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Die Bundesregierung hatte am 19. September 2018 als Wahltermin für die Europawahl in Deutschland den 26. Mai 2019 bestimmt. Die Wahl zum Europäischen Parlament erfolgt nicht nach einem einheitlichen europäischen Wahlrecht, sondern nach nationalen Wahlgesetzen. Das Europawahlgesetz und die Europawahlordnung regeln das Wahlverfahren in Deutschland.

Insgesamt konnten Bürgerinnen und Bürger aus 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) an der Europawahl teilnehmen; das macht über 400 Millionen Wahlberechtigten, die eine parlamentarische Vertretung wählten.

Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung stieg im EU-Durchschnitt von 42,6 % im Jahr 2014 auf 50,7 % im Jahr 2019. Von den insgesamt 6 119 552 Wahlberechtigten in Niedersachsen beteiligten sich 3 766 076 an der Wahl zum Europäischen Parlament. Damit lag die Wahlbeteiligung 2019 mit 61,5 %, wie bereits 2014 mit 49,1 %, über dem europäischen und in etwa im bundesdeutschen Durchschnitt (2014: 48,1 %, 2019: 61,4 %). Die europaweit höchste Wahlbeteiligung insgesamt wies bei dort bestehender Wahlpflicht Belgien (88,5 %) auf, die höchste Wahlbeteiligung ohne Wahlpflicht verzeichnete Malta (72,7 %). Die mit Abstand niedrigste Wahlbeteiligung gab es in der Slowakei (22,8 %), trotz eines Anstiegs um 10 Prozentpunkte gegenüber der Europawahl 2014.

Stimmanteile und -verschiebungen in Niedersachsen

In Niedersachsen verschoben sich die Kräfteverhältnisse der Parteien im Vergleich zur Europawahl 2014. Die CDU verlor rund zehn Prozentpunkte, blieb mit 29,9 % der Stimmen aber stärkste Kraft. Die GRÜNEN gewannen rund zwölf Prozentpunkte und kamen auf 22,6 % der Stimmen, womit sie die SPD als zweitstärkste Partei verdrängten. Die SPD verlor rund zwölf Prozentpunkte und erhielt 20,9 % der Stimmen. Die AFD erreichte 7,9 % der Stimmen, gewann also rund zweieinhalb Prozentpunkte hinzu. Die FDP verdoppelte ihren Stimmanteil auf 5,0 %, während die LINKE geringfügig auf 3,8 % sank.

Alle Kleinparteien (Tierschutzpartei, die PARTEI, Familienpartei, Freie Wähler, Piraten, ÖDP), die 2014 über eine bundesweite Liste in das Europäische Parlament eingebracht waren, konnten ihre Sitze verteidigen, zusätzlich erlang mit VOLT eine weitere Kleinpartei einen Sitz. Von allen

Abgeordneten aus Kleinparteien stammt einer aus Niedersachsen, jener der Tierschutzpartei.

Im Europaparlament bildeten sich insgesamt 7 Fraktionen, bis auf einen schlossen sich alle Abgeordneten aus Deutschland einer Fraktion an. Die EVP, der die CDU angehört, erhielt 24,2 % Stimmen (-5,2 Prozentpunkte) und 182 Sitze. Die SPD schloss sich der S&D an, die insgesamt auf 20,5 % der Stimmen (-4,9 Prozentpunkte) und 154 Sitze kam. Renew Europe kam auf 14,4 % (+5,5 Prozentpunkte) der Stimmen und 108 Sitze, darunter die von FDP und Freien Wählern. Der Fraktion Grüne/EFA, die insgesamt auf 9,9 % Stimmanteil (+3,2 Prozentpunkte) und 74 Sitze kam, traten die GRÜNEN, PIRATEN, ÖDP, die PARTEI und VOLT bei. Die Fraktion ID errang 9,7 % der Stimmen (+3,3 Prozentpunkte) und 73 Sitze, zu ihr gehört die AFD. Bei den EKR, die auf 8,2 % der Stimmen (-1,1 Prozentpunkte) und 62 Sitze kamen, beteiligte sich aus Deutschland die Familienpartei. Als kleinste Fraktion erhielt GUE/NGL 5,5 % (-1,5 Prozentpunkte) der Stimmen und damit 41 Sitze, darunter LINKE und Tierschutzpartei. Ein Mitglied der PARTEI blieb, wie insgesamt 57 Abgeordnete, fraktionslos.

Repräsentative Wahlerhebung

Die Repräsentative Wahlstatistik¹⁾ ist eine Stichprobenerhebung, die Informationen über die Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung, die Stimmabgabe und die Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen bereitstellt. Sie erlaubt gesicherte Aussagen über die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenzen der einzelnen Bevölkerungsgruppen und die demografische Zusammensetzung der Wählerschaft. Sie ermöglicht es Wahlforscherinnen und Wahlforschern zudem, die in Umfragen erhobenen Wahlabsichten mit tatsächlich erfolgten Wahlhandlungen zu vergleichen und so die Genauigkeit ihrer Instrumente zu verbessern. Die Erhebung erfolgt über Stimmzettel mit Unterscheidungsmerkmalen, die in repräsentativen Wahlbezirken an die Wählerinnen und Wähler ausgegeben werden.

Die Repräsentativ-Wahlbezirke

Die Repräsentativbezirke werden vom Bundeswahlleiter zufällig aus den Wahlbezirken unter Beachtung der Voraussetzungen des § 3 des Wahlstatistikgesetzes (WStatG) ausgewählt²⁾.

1) Genauere Informationen zur Repräsentativen Wahlstatistik finden sich im „Qualitätsbericht: Repräsentative Wahlstatistik für Europawahlen“ des Statistischen Bundesamts, online erhältlich unter: www.destatis.de > Methoden > Qualität > Qualitätsberichte > Qualitätsbericht - Repräsentative Wahlstatistik für Europawahlen.

2) Wahlstatistikgesetz vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), das zuletzt durch Artikel 1a des Gesetzes vom 27. April 2013 (BGBl. I S. 962) geändert worden ist; vgl. auch Wahl-Lexikon des Bundeswahlleiters, online verfügbar unter: www.bundeswahlleiter.de > Service > Wahl-Lexikon > W > Wahlstatistik.

Anschließend überprüft für Niedersachsen das Landesamt für Statistik Niedersachsen zusammen mit den Gemeinden, ob die ausgewählten Bezirke die Voraussetzungen des § 3 WStatG, wie z. B. die Mindestanzahl von 400 Wahlberechtigten bzw. Wählerinnen und Wählern, erfüllen. Bei der Europawahl 2019 musste in 5 Fällen infolge dieser Überprüfung ein neuer Bezirk gewählt werden, bei 52 weiteren Bezirken mussten Angaben aktualisiert werden.

In Niedersachsen gab es zur Europawahl 2019 insgesamt 8 885 Wahlbezirke, davon waren 7 935 Urnenwahlbezirke, 949 Briefwahlbezirke und 1 Sonderwahlbezirk. Von diesen Wahlbezirken wurden insgesamt 162 (rd. 2 % aller Wahlbezirke) als Repräsentativbezirke bestimmt, davon 137 repräsentative Urnenwahlbezirke und 25 repräsentative Briefwahlbezirke. Damit liegt der Anteil der repräsentativen Briefwahlbezirke (rd. 15 % aller Repräsentativbezirke) etwas höher als der Anteil aller Briefwahlbezirke (rd. 11 % aller Wahlbezirke), der Anteil der repräsentativen Urnenwahlbezirke entsprechend niedriger (rd. 85 % aller Repräsentativbezirke) als der Anteil aller Urnenwahlbezirke (rd. 89 % aller Wahlbezirke).

Wie wird das Wahlergebnis ermittelt?

Das Wahlergebnis der Repräsentativbezirke wird ebenso ermittelt wie das Wahlergebnis aller anderen Wahlbezirke. Die Unterscheidungsmerkmale werden, um das Wahlergebnis zu wahren, erst später in einer abgeschotteten Statistikstelle, die keinen Zugriff auf das Wählerverzeichnis hat, ausgezählt. Dies erfolgt normalerweise im Landesamt für Statistik Niedersachsen, allerdings dürfen Gemeinden und Samtgemeinden³⁾, in deren Gebiet sich mehr als zwei Repräsentativbezirke befinden, selbst auszählen, wenn sie die vorgeschriebene Abschottung sicherstellen und die Landeswahlleitung dies genehmigt. Von den 15 Gemeinden und

³⁾ Niedere Gemeindeverbände als rechtlich selbständige Gebietskörperschaft unterhalb der Kreisebene, auf die die Mitgliedsgemeinden bestimmte Aufgaben verlagern können.

Samtgemeinden, die diese Bedingungen erfüllten, stellten 2 Gemeinden einen entsprechenden Antrag, der in beiden Fällen genehmigt wurde. Bei beiden Gemeinden handelte es sich um Städte mit dem Status eines Oberzentrums.

Wie repräsentativ ist das Ergebnis?

Das Repräsentativergebnis weicht geringfügig vom endgültigen amtlichen Endergebnis ab, die Abweichung bewegt sich aber innerhalb der bei Stichproben üblichen Grenzen. Die größte Abweichung mit 0,6 Prozentpunkten ergab sich bei den GRÜNEN, keine Abweichung bei der PARTEI, bei den anderen Parteien schwankte sie zwischen 0,1 und 0,3 Prozentpunkten (vgl. Abb. A1).

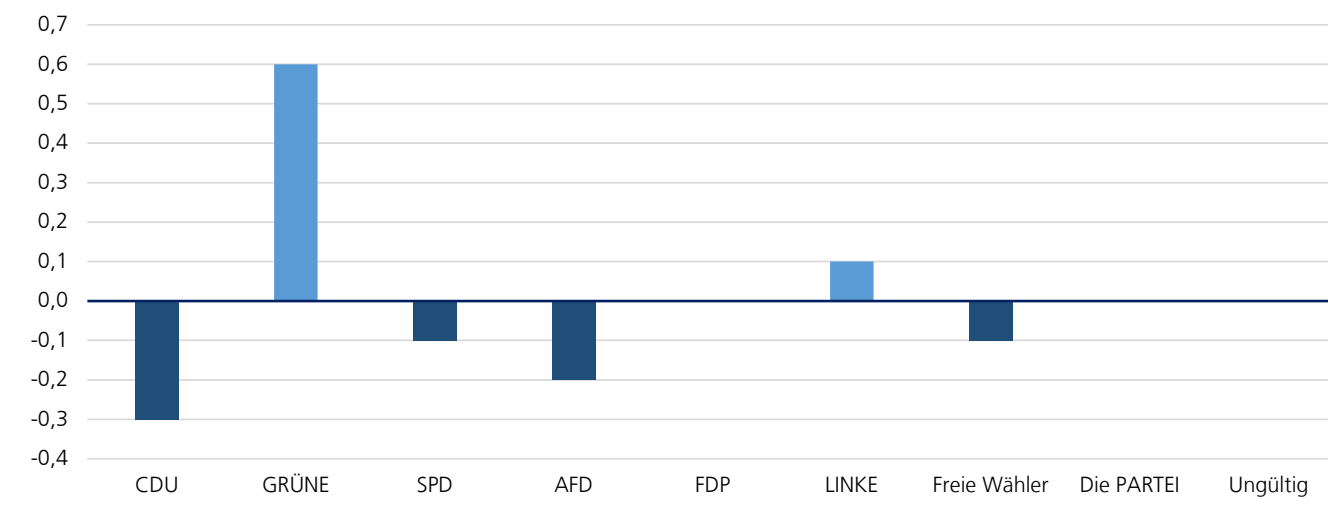
Bei anderen bundesweiten Wahlen sorgt eine Sperrklausel dafür, dass nur wenige große Parteien ins Parlament einziehen können. Entsprechend ist es normalerweise möglich, alle Parteien, die voraussichtlich in das zu wählende Parlament einziehen, im Rahmen der Repräsentativerhebung einzeln zu erheben. Aufgrund der fehlenden Sperrklausel und der damit verbundenen großen Anzahl von Kleinparteien, die möglicherweise einen Sitz erringen würden, war das bei der Europawahl 2019 allerdings nicht möglich. Die Repräsentativstatistik berücksichtigt daher nur die Parteien, die auch im Deutschen Bundestag vertreten sind, sowie Freie Wähler und die PARTEI, bei denen mit den meisten Stimmen bzw. dem größten öffentlichen Interesse gerechnet wurde. Alle anderen Parteien wurden nur summiert unter „Sonstige“ erfasst.

Ungültige Stimmen

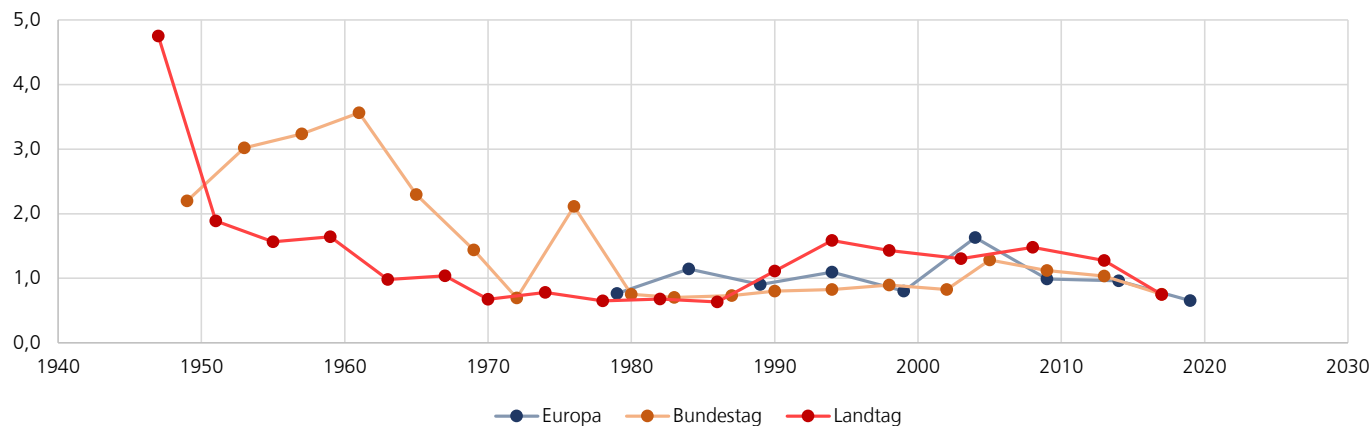
In den Repräsentativbezirken wurden insgesamt 698 ungültige Stimmen abgegeben, das entspricht einem Anteil von 7 ‰ (0,7 ‰)⁴⁾ aller abgegebenen Stimmen.

⁴⁾ Die Einheit Promille wurde hier wegen des äußerst geringen Anteils der ungültigen Stimmen verwendet, bei Angaben in Prozent würde das Ergebnis rundungsbedingt zu stark verzerrt.

A1 | Differenz zwischen endgültigem amtlichen Endergebnis und Repräsentativergebnis bei der Europawahl in Niedersachsen 2019 nach Parteien - in Prozentpunkten -



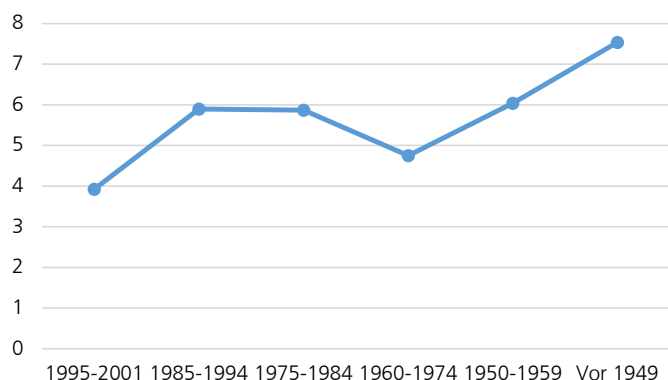
A2 | Anteil ungültiger Stimmen aller abgegebenen Stimmen im Zeitverlauf nach Wahlart - in % -



Dies war der niedrigste Anteil ungültiger Stimmen bei einer Europawahl in Niedersachsen überhaupt, seit es Europawahlen gibt (vgl. Abb. A2). Normalerweise beträgt der Anteil ungültiger Stimmen in Niedersachsen bei Europawahlen circa 10 % (1 %), bei Landtagswahlen etwa 13 % (1,3 %) und bei Bundestagswahlen ungefähr 15 % (1,5 %). Allerdings ist dieser Anteil nicht gleichförmig, sondern verläuft bei allen Wahlen wellenförmig mit teilweise starken Ausreißern.

Bei der Betrachtung der ungültigen Stimmen nach Alter fällt auf, dass der Anteil ungültiger Stimmen sich nach dem Lebensalter unterscheidet: In den Geburtsjahrgängen von 1950 bis 1959 und 1984 bis 1994 lag der Anteil bei um die 6 % (0,6 %) ungültiger Stimmen. Zwei Altersgruppen wählten besonders selten ungültig: In den Geburtsjahrgängen 1995 bis 2001 nur 3,9 %, bei den 1960 bis 1974 Geborenen 4,7 %. Bei den vor 1949 Geborenen hingegen gab es mit 7,5 % überdurchschnittlich viele ungültige Stimmen (vgl. Abb. A3).

A3 | Anteil ungültiger Stimmen bei der Europawahl in Niedersachsen 2019 nach Geburtsjahresgruppen - in % der abgegebenen Stimmen -



Fast die Hälfte (47,3 %) aller ungültigen Stimmzettel waren leer oder durchgestrichen. Hier kann davon ausgegangen werden, dass die Stimmzettel bewusst ungültig abgegeben

wurden. In weiteren 40,8 % der Fälle wurde mehr als ein Feld angekreuzt. Hier lassen sich eher Versehen vermuten, etwa, dass aus Gewohnheit (wie bei Bundes- und Landtagswahlen) zwei Stimmen abgegeben wurden oder beim Ausfüllen die Partei noch einmal geändert werden sollte. Es gab aber auch Fälle, in denen alle Parteien angekreuzt wurden, dies weist auf bewusstes Ungültigmachen des Stimmzettels hin. Die sonstigen Ursachen machten 11,9 % der ungültigen Stimmzettel aus, sie umfassten vor allem Kennzeichnungen und Beschriftungen des Wahlzettels.

Bei den Ungültigkeitsursachen „Stimmzettel leer oder durchgestrichen“ und „Sonstige Ursachen“ ergaben sich zwischen den Geschlechtern kaum Unterschiede. Einen starken Unterschied gab es hingegen bei der Ursache „Stimmzettel mehrere Kreuze“, hier überwogen die Frauen mit einem Anteil von 57,2 % deutlich. Dies führte auch dazu, dass Frauen insgesamt mit 52,8 % etwas mehr ungültige Stimme abgaben als Männer, Diverse und Menschen ohne Angabe im Geburtenregister. Das Übergewicht weiblicher ungültiger Stimmen beschränkte sich zudem auf die Geburtsjahresgruppen 1960 bis 1974 und vor 1949; in den anderen Jahrgängen war der Anteil in etwa ausgeglichen.

Altersstruktur der Wählerschaft einzelner Parteien

Die Altersstruktur der Wählerschaft der Parteien wich stark voneinander ab (vgl. Abb. A4).⁵⁾ Die PARTEI sprach insbesondere junge Wähler an, 61 % ihrer Wählerinnen und Wähler waren fünfdreißig Jahre oder jünger (Geburtsjahrgänge 1985 bis 2001). FDP, LINKE und FREIE WÄHLER erhielten jeweils 29 % ihrer Stimmen von Menschen unter Fünfunddreißig; danach folgten mit 26 % der Stimmen dieser Altersgruppe die GRÜNEN. AFD (14 %) und CDU (10 %) blieben noch im zweistelligen Bereich, die SPD erhielt 7 % ihrer Stimmen von Jungwählerinnen und Jungwählern. Die vor 1949 Geborenen wählten vor allem die so-

5) Aufgrund der teilweise sehr kleinen Anzahl von Stimmen für Parteien in einzelnen Altersgruppen wurde auf die Angabe einer Nachkommastelle verzichtet.

genannten Volksparteien: Die CDU erhielt in dieser Altersklasse 34 % ihrer Stimmen und die SPD 31 %. Darauf folgten, mit weitem Abstand, FDP und AFD mit jeweils 16 % der Stimmen der über Siebzigjährigen und GRÜNE und LINKE mit jeweils 10 %. Die FREIEN WÄHLER konnten in dieser Altersgruppe lediglich 4 % ihrer Stimmen gewinnen, die PARTEI 1 %.

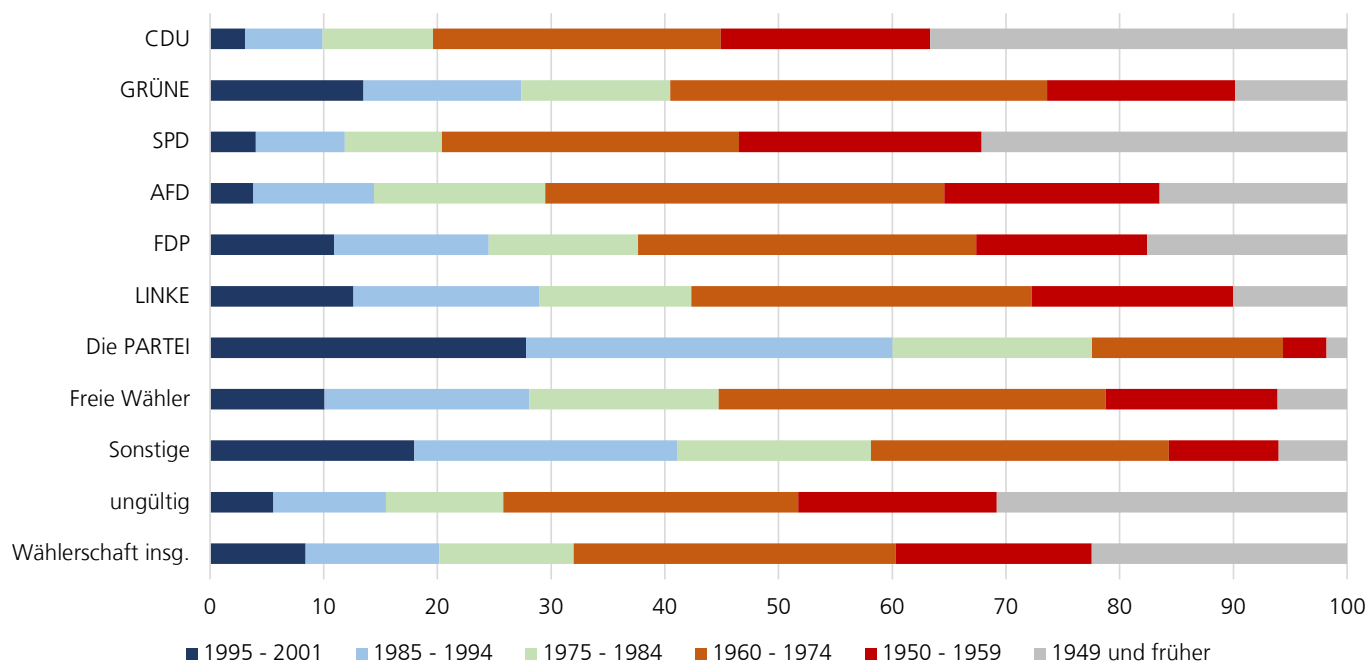
GRÜNE, AFD, LINKE und Freie Wähler erhielten in der Geburtsjahresgruppe von 1960 bis 1974 die meisten Stimmen, diese Geburtsjahresgruppe umfasst auch zahlen-

mäßig die größte Anzahl an Wählerinnen und Wählern. Bei CDU und SPD stammten die meisten Wählerinnen und Wähler aus der Geburtsjahresgruppe vor 1949, der zweitgrößten Geburtsjahresgruppe, bei der PARTEI aus der Geburtsjahresgruppe von 1985 bis 1994. Die „Sonstigen“ umfassen äußerst unterschiedliche Parteien, zudem zählen auch die zusätzlich einzeln erfassten Freien Wähler und die PARTEI hinzu. Daher ist die Aussagekraft der Gesamtstatistik etwas eingeschränkt. Es fällt allerdings auf, dass die Verteilung über alle sonstige Parteien hinweg sich über die Geburtsjahresgruppen stark verändert.

T1 | Ergebnis der Sonstigen Parteien bei der Europawahl in Niedersachsen 2019 nach Stimmanteil der Sonstigen Parteien zusammen in %

| Anteil der Stimmen | Geburtsjahresgruppe |
|--------------------|---------------------|
| 6 % | Vor 1949 Geborene |
| 10 % | 1950 - 1959 |
| 26 % | 1960 - 1974 |
| 17 % | 1975 - 1984 |
| 23 % | 1985 - 1994 |
| 18 % | 1995 - 2001 |

A4 | Anteil der Geburtsjahresgruppen an der Wählerschaft der Parteien bei der Europawahl in Niedersachsen 2019 nach Partei - in % aller Stimmen für diese Partei -

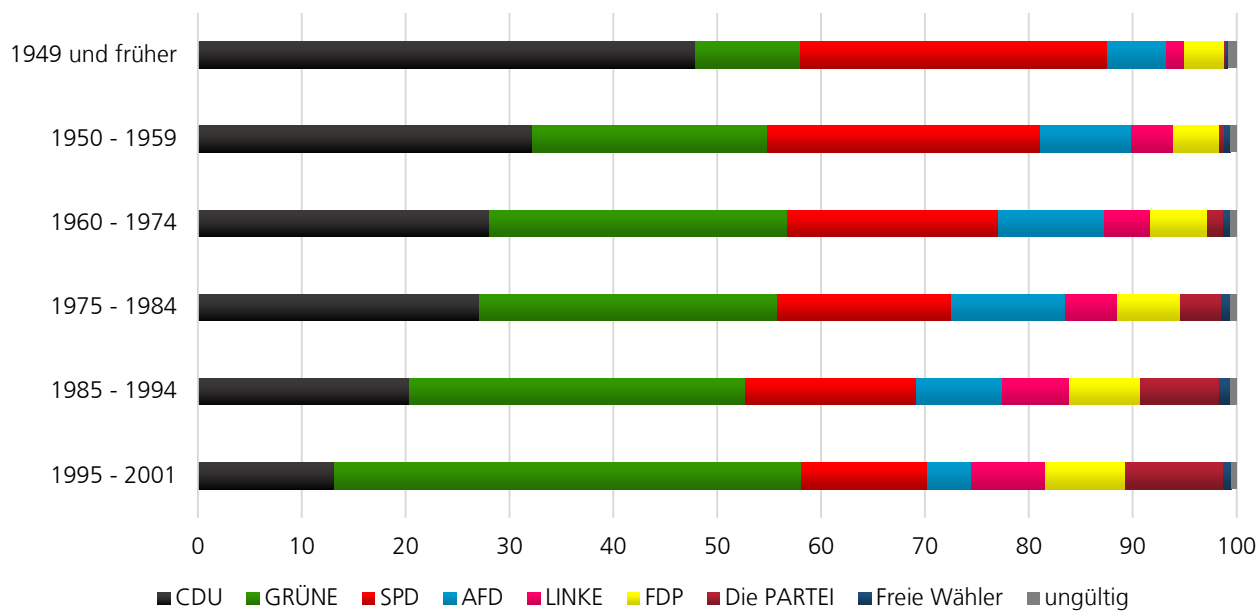


Wahlergebnisse nach Geburtsjahresgruppen

Der prozentuale Stimmanteil in den einzelnen Altersgruppen darf nicht mit dem Wahlerfolg einer Partei in dieser Altersklasse verwechselt werden. Eine Partei kann einen sehr hohen Anteil jugendlicher Wählerinnen und Wähler haben, aber dennoch nur auf einen geringen Anteil aller Stimmen dieser Altersklasse kommen bzw. umgekehrt. Wenn eine Partei für sich in Anspruch nimmt, alle Generationen zu repräsentieren, sollte der Anteil ihrer Stimmen,

den sie von einer Geburtsjahresgruppe erhält, in etwa dem Anteil dieser Geburtsjahresgruppe an allen Wählerinnen und Wählern entsprechen. So erhielten die GRÜNEN in den vier Gruppen der Geburtsjahre von 1960 bis 2001 jeweils die meisten Stimmen (vgl. Abb. A5), obwohl sie nur einen geringen Anteil ihrer Gesamtstimmen bei Jungwählern gewannen. Dies lag nicht am mangelnden Zuspruch der Erstwählerinnen und -wähler – sie erreichten in der Geburtsjahresgruppe 1995 bis 2001 45,0 % aller gültigen Stimmen. Die GRÜNEN erhielten aber aus nahezu allen Ge-

A5 | Wahlergebnisse der abgegebenen Stimmen bei der Europawahl in Niedersachsen 2019 nach Geburtsjahresgruppe - in % -



burtsjahresgruppen viele Stimmen, wodurch der Anteil der Jungwähler am Gesamtergebnis nur klein ausfällt. Von der Altersverteilung spricht daher viel dafür, dass die GRÜNEN im Begriff sind, sich zu einer Volkspartei zu entwickeln.

Bei den beiden „alten“ Volksparteien CDU und SPD weist der demografische Trend hingegen in die entgegengesetzte Richtung. Bei gleichbleibender Altersstruktur würde ihre Wählerschaft fortlaufend schrumpfen. Die AFD, FDP und LINKE blieben nach ihrer Altersstruktur langfristig stabil auf ihrem jetzigen Niveau. Allerdings ist die demografische Entwicklung nur eine der drei Langfristedeterminanten des Wahlverhaltens⁶⁾ und zur Prognose wäre zudem eine Analyse der Veränderung der Altersstruktur über mehrere Wahlen erforderlich.

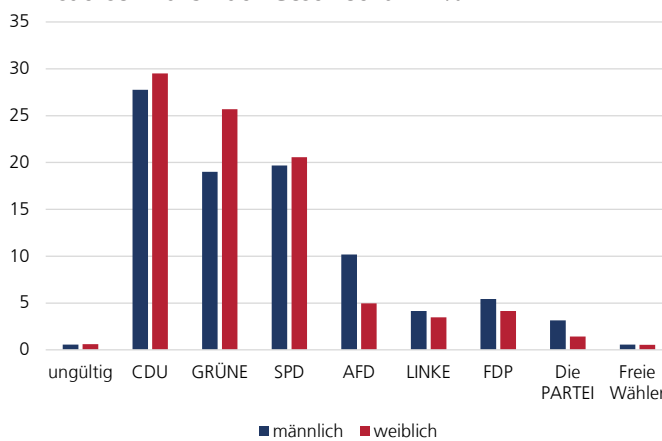
Geschlechtsstruktur der Wählerschaft einzelner Parteien

Frauen stellten die Mehrzahl aller Wählerinnen und Wähler, in jeder Geburtsjahresgruppe gaben mehr Frauen als Männer ihre Stimme ab. Bei den meisten Parteien ist die Struktur ihrer Wählerschaft aber in etwa ausgewogen (± 2 Prozentpunkte), sie wurden prozentual etwa so oft von Männern wie von Frauen gewählt (vgl. Abb. A6).

Frauen wählten etwas häufiger die SPD (+1,7 Prozentpunkte) und deutlich häufiger die GRÜNEN (+6,9 Prozentpunkte). Männer wiederum wählten deutlich häufiger AFD (+5,2 Prozentpunkte) und etwas häufiger Die PARTEI (+1,7 Prozentpunkte) sowie die FDP (+1,2 Prozentpunkte). Der Effekt trat bei allen Parteien über alle Geburtsjahres-

gruppen hinweg auf, im Fall der FDP aber mit starken Schwankungen: Während sie in der Geburtsjahresgruppe 1995 bis 2001 73,4 % ihrer Stimmen von Männern erhielt, glich sich das Verhältnis in den Geburtsjahresgruppen ab 1960 fast aus.

A6 | Stimmanteil der Parteien bei der Europawahl in Niedersachsen 2019 nach Geschlecht - in % -



Hochburgen der Parteien aus dem amtlichen Endergebnis

Bei nahezu allen Parteien schwankte der Stimmanteil von Wahlkreis zu Wahlkreis⁷⁾, lediglich die FDP lag stabil in nahezu allen Kreisen nahe ihres niedersachsenweiten Stimmanteils. Alle anderen Parteien haben Hochburgen⁸⁾,

7) Die Hochburgen der Parteien wurden mit der Allgemeinen Wahlstatistik ermittelt. Genauere Angaben mit Karten finden sich unter www.aktuelle-wahlen-niedersachsen.de/EW2019/ und im Statistischen Bericht B VII 5.3 - j / 2019: Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 26. Mai 2019 in Niedersachsen.

8) Als Parteihochburg werden Orte, Wahlbezirke, Wahlkreise oder Regionen bezeichnet, an denen die jeweilige politische Partei mehrfach besonders hohe Stimmenanteile erhalten hat und die vom Durchschnittsergebnis der Partei um mindestens 20 % abweichen.

6) Siehe „Wählerverhalten“ im Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland der Bundeszentrale für politische Bildung, online abrufbar unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202206/waehlerverhalten>

denen sie einen Großteil ihrer Stimmen verdanken (vgl. Abb. A7). Die CDU gewann insbesondere im Emsland, in Vechta, Cloppenburg und der Grafschaft Bentheim, allesamt agrarindustriell geprägte Gebiete mit hoher Wirtschaftskraft. Die GRÜNEN lagen vor allem in den Metropolen sowie den direkt daran angrenzenden Gebieten vorne, außerdem in Lüchow-Dannenberg, wo es eine starke Umweltschutzbewegung gibt und in Göttingen wo die von der Universität geprägte Stadt Göttingen den Landkreis dominiert.

Die SPD wurde in Ostfriesland, Peine, Salzgitter, Northeim und Holzminden besonders häufig gewählt, wo das produzierende Gewerbe vergleichsweise stark vertreten ist. Bei der AfD stachen Salzgitter und Delmenhorst hervor, beide gekennzeichnet durch eine relativ hohe Arbeitslosigkeit⁹⁾ und einen starken Anstieg des Anteils der ausländischen Bevölkerung an der Stadtbevölkerung infolge von Zuwanderung aus dem Ausland; gleichzeitig sank die Anzahl von deutschen Einwohnerinnen und Einwohnern seit Mitte der

1990er¹⁰⁾. Ansonsten fällt auf, dass die AfD tendenziell in Gebieten, in denen die Wählerinnen und Wähler überwiegend GRÜNE oder CDU wählten, ausgesprochen schwache Ergebnisse hatte.

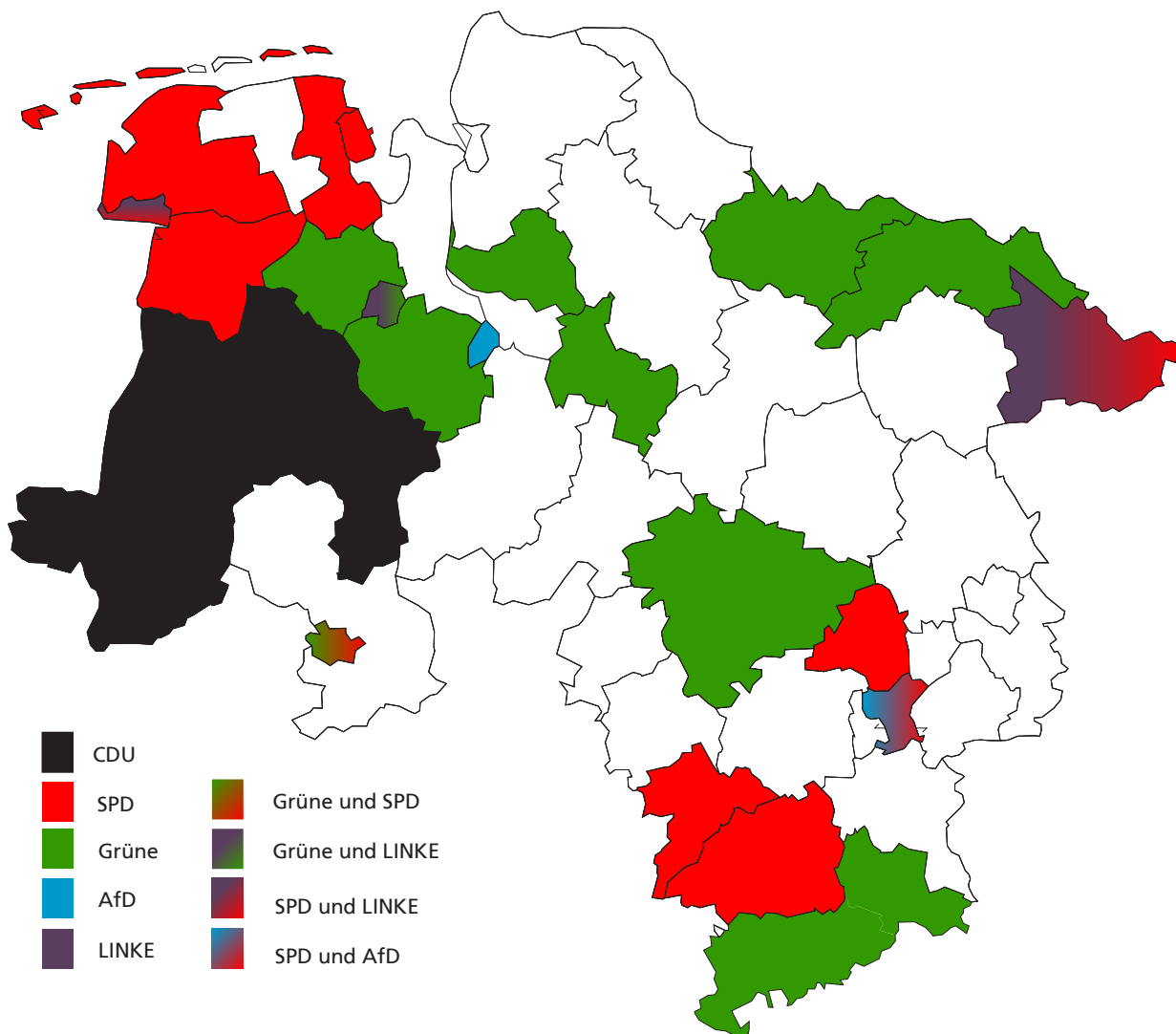
Die AfD erzielte ihre Stimmen stärker in Gebieten, in denen auch die SPD vergleichsweise gut abschnitt, das sind auch jene Gebiete, die ehemals vom verarbeitenden Gewerbe geprägt waren und die heute einen hohen Abwanderungssaldo aufweisen. Dies deckt sich mit politologischen und soziologischen Analysen ihrer Wählerschaft aus anderen Ländern.¹¹⁾ Die LINKE erhielt insbesondere in Osnabrück, Emden und Oldenburg viele Stimmen, also in den Großstädten, die keine Metropolen sind, sowie in Lüchow-Dannenberg, wo auch viele linke Kleinstparteien vergleichsweise hohe Stimmanteile erzielten.

9) Die Unterbeschäftigungsquote liegt nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit „Arbeitsmarkt im Überblick - Berichtsmont Mai 2018 - Niedersachsen, Bundesland“ sowohl in Salzgitter mit 12,2 % als auch in Delmenhorst mit 13,6 % deutlich über der niedersächsischen Unterbeschäftigungsquote von 7,0 %, abzurufen unter: statistik.arbeitsagentur.de > Statistik nach Regionen > Bund, Länder und Kreise > Niedersachsen.

10) Laut Bevölkerungsstand (Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht) betrug der Ausländeranteil in Delmenhorst im Jahr 2014 noch 10,9 % und stieg bis 2018 um 5,8 Prozentpunkte auf 16,7 %. In Salzgitter lag er im Jahr 2014 bei 11,7 % und stieg bis 2018 um 7,2 Prozentpunkte auf 18,9 %. Niedersachsenweit stieg der Ausländeranteil lediglich um 2,9 Prozentpunkte von 7,3 % im Jahr 2014 auf 10,2 % im Jahr 2018. Gleichzeitig sank die Anzahl deutscher Einwohnerinnen und Einwohner in Salzgitter von 1994 bis 2014 um 15,0 %, in Delmenhorst um 4,4 %; von 1994 bis 2018 sogar um 17,4 % in Salzgitter und um 7,4 % in Delmenhorst.

11) Etwa Niedermayer, Oskar / Jürgen Hofrichter (2016), Die Wählerschaft der AfD: wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2), S. 267-284.

A7 | Parteihochburgen bei der Europawahl in Niedersachsen



Fazit

Ehemals kleine Parteien punkteten insbesondere bei jungen Wählerinnen und Wählern, die seit 2005 politisch sozialisiert wurden und die daher in ihrem bewusst erlebten politischen Umfeld nur Kanzlerin Merkel und fast nur eine große Koalition kennengelernt haben.

Unter Umständen drückt sich hier der Wunsch nach politischer Veränderung aus, was auch die unterdurchschnittliche Anzahl ungültiger Stimmen und den hohen Anteil an Stimmen für sonstige Klein- und Kleinstparteien erklären würde. Die Form, in der dieser Veränderungswunsch geäu-

Bert wird, hängt von den jeweiligen Lebensumständen und dem Geschlecht ab.

Ältere Wählerinnen und Wähler drückten ihr Missfallen gegenüber der Politik eher mit ungültigen Stimmzetteln anstatt per Protestwahl aus, sie neigten wenig zur Wahl von Klein- und Kleinstparteien. Sie blieben als Stammwählerinnen und -wählern ihren Parteien eher treu, wovon insbesondere CDU und SPD profitierten, aber in geringerem Maße auch die FDP. Die Wahlergebnisse der FDP zeigten verschiedene Besonderheiten: Sie besaß keine Hochburgen und das Geschlechterverhältnis ihrer Wähler änderte sich über die Geburtsjahresgruppen stark.
